

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einzl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Druckverlag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. Dezember 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lebensanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 145

## Politischer Klassenkampf im Tarif- ausschusse

Von dem größten Teil unserer Kollegen wenig oder gar nicht beachtet, hat sich bei der letztmaligen Tarifaus-schussung in Leipzig ein Ringen zwischen Gehilfen- und Prinzipalvertretern abgepielt, das seiner prinzipiellen Bedeutung wegen jedoch verdient, etwas näher betrachtet zu werden. Es handelt sich um den Antrag 10 der Gehilfen:

Sind Dienstbehinderungen, veranlaßt durch Wahrnehmung eines Schöffenamts, eines Landtagsmandats und dergleichen, entschuldigungspflichtig nach § 6?  
Das Beschlußprotokoll vermerkt zu diesem Antrage, daß sich „eine längere Debatte“ entspann. Das Ende vom Liede war, daß unsere Tarifkontrahenten die Frage trotz aller dafür angeführten kräftigen Gründe rundweg mit „Nein“ beantworteten. Die Argumente, die von ihnen für dieses „Nein“ angeführt wurden, waren recht fadenscheinig und aus allem Angeführten schaute immer wieder das Gesicht des rein kapitalistischen Grundlages heraus: Dem Arbeiter keine Gerechtigkeit widerfahren zu lassen! Das politische Dogma des Kapitalismus in seinem Gegen-satz zum Sozialismus verleiht strengstens, dem Arbeiter auch nur den Schatten einer Möglichkeit zu geben, seine Staatsbürgerrechte auszuüben, da er ja durch diese seine Ausübung den für den Erhalt des Kapitalismus so notwendigen Boden der Klassenjustiz unterhöhlen könnte und den vielen armen, bedauernswerten Opfern der kapitalistischen Auswüchse könnte Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die Dinge liegen bekanntermachen doch so: Reichs- und Landesjustizminister haben, gedrängt teils durch den wachsenden Mißbrauch, in den die Justiz durch die offensichtlichen Klassenurteile gekommen ist, teils durch eigene politische Überzeugung Erlässe herausgegeben, die eine bedeutende vermehrte Heranziehung der Arbeiterklasse zu den Instanzen der Valenzjustiz (Schöffens- und Geschworenengerichte) verlangt. Zweifellos richtig und auch staatspolitisch klug gedacht.

Aber wie steht es nun in Wirklichkeit aus? Angekommen, es findet diese vermehrte Heranziehung tatsächlich statt, was ja bei unterm reaktionär verstellten Berufsrichteramt nur mit größtem Widerwillen geschieht, so wollen diese Kreise genau, daß ihr Freund und Verbündeter, der Industriekapitalismus, es schon noch verheißt, die Sache in der Praxis unmöglich zu machen. Wahrnehmung dieser Staatsbürgerrechte kostet nämlich sehr viel Zeit. Beim Arbeiter bedeutet dies veräumte Arbeitszeit und diese wiederum Lohnausfall in beträchtlicher Höhe, den der Arbeiter heute weniger denn je ertragen kann. Eine Schwurgerichtsperiode dauert beutelage mindestens zwei Wochen, während welcher Zeit es fast unmöglich ist, nebenbei der Arbeit nachzugehen. Dem Schreiber dieses ist aus seiner Erfahrung bekannt, daß sich die mit ihm zusammen als Geschworene nominierten Arbeiter bei jeder Auslosung zu Beginn der Verhandlung entweder von der Verteilung oder dem Staatsanwalt „ablehnen“ ließen, um nicht Lohnverlust zu haben. Sie entäußerten sich also — gezwungenermaßen — selbst des Rechts, das ihnen endlich gemäß ihrer alten Forderung eingeräumt worden war, und mit Augurenähnlich wiesen die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber darauf hin, das „Gezwungenermaßen“ wohlweislich nicht nennend. (Ein Leipziger Kollege klagte uns, daß er als Schöffe nach Abzug der Entschädigung einen glatten Lohnausfall von 57 Mk. täglich ab 19. Dezember habe, wenn wieder die Sitzung bis zu acht Stunden dauert. Dabei machen sich nach einer solchen Dauerleistung noch Ausgaben für Stärkung notwendig, denn bis er seine Wohnung wieder erreicht, vergeht auch trotz der [sehr] teuren] Fahrt mit der Elektrischen eine lange Zeit. Die Entschädigung vom Gericht macht aber nur 30 Mk. für den Tag aus. Red.)

Der Antrag 10 sollte nun mit diesem Zustande, der ebensov unerträglich ist wie politisch brutal, aufräumen, wenigstens sollte er ihn etwas bessern. Und unsere Prinzipale?

Bei den Debatten um die Lohnfragen belieben sie immer, sich ein recht soziales Mäntelchen umzuzeigen. Ach, wie gern würden sie ihren Gehilfen einen mehr als auskömmlichen Lohn geben; nichts lieber als das! Aber wieder rief sich noch einige „Ach's“ dazwischengeschoben, und aus tiefer Brust kommt dann immer dasselbe: Wir können ja leider, leider nicht so, wie wir ja so gern

wollen! Wenn ihnen auch kein denkender Mensch das mehr glaubt angesichts der Unternehmergewinne und immer noch nicht gezahlten Staatssteuern der Unternehmer, so macht sich das doch sehr schön, und sie haben das nun schon so oft gesagt, daß sie es lieber fast glauben.

Anders jedoch bei diesem Antrag 10. Da suchte man erst nach allerlei Ausflüchten, grub ein ganz häßliches Beispiel aus, das irgendwo irgendwann vielleicht mal dazugewesen ist, nämlich den kleinen Prinzipal, der das schreckliche „Unglück“ hatte, unter seinem zehn Mann starken Personal vier Schöffens- und Geschworene zu haben. Wenn dieser bedauernswerte nun hätte müssen bei jedem drei Stunden pro Tag einbüßen, ohne dafür den Betrag nehmen zu können, den diese als Aufwandsentschädigung von den Gerichten erhielten — gar nicht auszubedenken wäre die Katastrophe, die diesen bedauernswerten Prinzipal betroffen hätte!

Also nach dem ad absurdum-führen dieses allen Ladenhüters durch unsre Vertreter blieb nun nichts mehr übrig, man verbanzte sich sehr einfach hinter sein „Nein“ und dabei blieb es. So wurde den politischen Forderungen des Kapitalismus voll Rechnung getragen seitens seiner Vertreter im Buchdruckergewerbe.

Politisch sind und bleiben die wahren Gründe des ausgesprochenen „Nein“; man mag das befreiten soviel man will. Wir wollen uns das merken für kommende Fälle.

„Der Staat soll bezahlen“, sagte man auch noch. Ja, ja, schon richtig. Aber solange er es nicht tut? Ist von bürgerlich-kapitalistischer Seite im Parlament schon jemals etwas getan, um diese Forderung Wirklichkeit werden zu lassen? Die Zustimmung der sozialistischen Parteien lände ein solcher Antrag immer. Aber als bei der Beratung des Justizrats von sozialistischer Seite diese Frage angeschnitten wurde, da entrüstete man sich auf bürgerlicher Seite unter dem Beifalle der gesamten Rechten von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen tief über derartige unerschwingliche Forderungen an unsern sich in so tiefer Not befindlichen Staat!

Nun, die Kollegen werden, soweit sie irgend können, sich nicht von der Ausübung ihrer Staatsrechte durch diese Akte politischer Unternehmerwillkür abhalten lassen. Sie werden auch in dieser Beziehung gern gewillt sein, Opfer zu bringen. Denn diese Opfer kommen ihrer Klasse zugute, bilden Opfer im Kampfe des sozialistischen Ideals gegen den kapitalistischen Klassenegoismus. Aber wiederkehren wird unser Antrag 10 so lange, bis es entweder unserer wirtschaftlichen oder politischen Macht oder noch besser beiden gemeinsam wird gelungen sein, dieses politische Justiz-Zwang-Ur niederschlagen.

Berlin-Willmersdorf.

Martin Pelsch.

## Die Notwendigkeit

Der Tarifauschuss war am 24. November wieder zusammengekommen, um die Wirkungen der Steuerung zu paralisieren, hatte also einen starken Ausgleich auf dem Lohngebiete zu schaffen. Das Beschlußprotokoll unterrichtete uns. Die sich lagenden Ausgleichsveruche lassen jedoch stets ein unbefriedigendes Gefühl zurück, zeigen uns den Weg grauenhaften Chaos. Die Mühen der Gehilfenvertreter finden deshalb wenig Genußnahme. Das ruft stets Spannung hervor, die in den einzelnen Mitgliebschaften mehr oder weniger groß erscheint. Die Gehilfenvertreter selbst interpretieren das Resultat als unzureichend, aber empfehlen es dennoch. Was wirkt eigenartig, wenn nicht gar ohnmächtig. Daher das Suchen nach neuen Wegen. Kollege Schaefer, ein rühriger Nachsucher, findet trotz seiner Denkart nicht die gebührende Unterstützung; er ist zu „wissenschaftlich“, also kein Praktiker. Sein weitläufiger Anlauf schloßerte, der Sprung selbst hinterließ einen „Sinur“. Illusionspolitiker? Die Ausführungen der Unternehmer, das Schweigen der Gehilfen deuten darauf hin.

Wenn erhellt uns die reine Flamme den Weg der Erkenntnis zur Selbstbefreiung? Heute erscheint mir alles so grau, so wegmüde. Menschenbrüder stoben, drängen und schieben einer den andern beiseite. Robuste Gemüts und starke Arme sind dabei die Helfer. Der Tanz um das goldene Kalb, der Materialismus, dessen Wurzeln tief im Egoismus liegen, verhärtet die Leuchtkraft der Idee des Sozialismus. Das Chaos wächst. Die Arbeiter werden unter die Latztiere geruppt. Nur darüber ruhig nachdenken, muß zu Abwehrmitteln führen, die den Ausweg in der gegenseitigen Hilfe sehen. Unterdrückung

in jeder Form ist zu bekämpfen, selbst wenn der Nutzen nicht sofort ins Auge springt. Aber Klärung bringt dieser Kampf.

Ich verurteile somit auch das Mitleid der Leiter der am 30. November stattgegebenen Berliner Generalversammlung über das Abstimmungsresultat. Warum den Einbruch der Vergewaltigung erwecken? Meint man damit „Führerqualitäten“ zu bekunden oder unliebsamen Dingen aus dem Wege zu gehen? Was führt zur Fäulnis. Darum richtet euer Handeln stets nach Klärung ein! Das liegt in unser aller Interesse.

Neukölln.

Mildenstein.

## „Faktoren, Obermaschinenmeister, gebt acht!“

Unter vorliegendem Titel wird von der Freien Faktorenvereinigung Berlin in Nr. 141 des „Korr.“ eine Rechnung aufgemacht, die den Tatsachen nicht entspricht. Es heißt dort:

Zwei Tatsachen

Ein Berliner Gehilfe erhält im Monat November 1921 (4/1 × 33 Mk.) = 143 Mk. Ein Berliner Faktor soll erhalten für den Monat November 1921 (laut Veröffentlichung des Hauptauschusses des V.D. vom 10. November 1921) = 110 Mk.

Die zweite Tatsache ist falsch! Ein Berliner Faktor soll laut Bekanntmachung des Kreisausschusses vom Kreis VIII (veröffentlicht in Nr. 44 der „Graphischen Welt“ unter dem 26. Oktober 1921) für den Monat November 110 Mk. und 35 Mk. = 145 Mk. erhalten. In dieser Bekanntmachung ist deutlich zu lesen, daß die Berliner Gehilfenvereinbarung vom 24. Oktober d. J. mit 35 Mk. berücksichtigt ist. Diese 35 Mk. liegen sich im Oktober aus 25 Mk. und 8 Mk. (abgerundet), im November aus 4/1 × 8 Mk. zusammen. Im Irrtümer vorzubeugen, bemerke ich jedoch ausdrücklich, daß ein Berliner Faktor im November 110 Mk. mehr erhalten soll als im Oktober, wie dies auch bei den Berliner Gehilfen der Fall ist.

Ad. Quich,

Faktorenvorsteher des Kreisausschusses VIII, Berlin.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

r. Schaffenburg. Die gutbesuchte Versammlung am 2. Dezember nahm das neue Lohnabkommen an, trotzdem es zur Unterhaltung der notwendigen Lebensverhältnisse immer noch lange nicht ausreicht. In der Versammlung wurde allgemein die Ansicht laut, daß uns neue, notwendig werdende weitere Steuerungsmaßnahmen über die wirtschaftliche Krise wenig hinweghelfen. Deshalb müsse der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei der Reichsregierung mit allen Kräften dahin wirken, daß die lehrere Mittel und Wege findet, um eine Stabilität in der Preisbildung für alle Artikel zu erreichen. Nur auf diese Weise ist eine Besserung in der derzeitigen Wirtschaftskrise zu erwarten.

Berlin. (Bezirksversammlungen.) Seit der Spaltung der politischen Partei ist der Streit der Parteien auch in die Gewerkschaften hineingetragen worden. Fast keine Generalversammlung im Gau Berlin verging, ohne daß es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den einzelnen politischen Richtungen kam. In den Bezirksversammlungen war dies im gleichen Maße der Fall. Das hierunter die gewerkschaftlichen Aufgaben sitzen und die früher vorhandene größere Einmütigkeit und die Kollegialität starke Einbuße erlitten, war eine natürliche Folge dieses Zwiespalts. Eine weitere Auswirkung des Zwiespalts zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsgeneralsversammlung (siehe Nürnberg) sowie bei der Wahl des Gauvorstandes, in den Bezirksversammlungen bei der Wahl der Bezirksleiter und der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Gaues Berlin. Nicht die Tüchtigkeit des einzelnen, seine Eignung, war maßgebend, sondern seine politische Einstellung. Jedemal kam es zur Kraft- und Machtentfaltung bei solchen Gelegenheiten. Auch die letzte Generalversammlung im Gau Berlin (siehe Versammlungsbericht in Nr. 144) warf ihre Schatten voraus. Auf der Tagesordnung der am 5. Dezember stattgegebenen Bezirksversammlungen stand u. a.: „Wahl der Delegierten“

und „Wahl des Vorstandes der Bezirksversammlung“. Die Wahl der Delegierten löst naturgemäß einen starken Einfluß auf die Zusammenfassung des Gewerkschafts aus. Darum waren die Antragsstellungen der Parteien diesmal besonders groß. Das Resultat der Wahlen ergab das folgende Bild: In zehn Bezirken wurden die bisherigen Bezirksleiter wiedergewählt. Von diesen befindet sich nur ein einziger (Bezirk 4) in den Händen der Opposition. Der Bezirk 11 ist noch nicht befehligt, doch hat die Opposition auch hier keine Aussicht auf Erfolg. Die Wahl der Delegierten gestaltete sich wie folgt: Bezirk 1: 15 Delegierte, Opposition 0; Bezirk 2: 47 Delegierte, Opposition 1; Bezirk 3: 55 Delegierte, Opposition 0; Bezirk 4: 50 Delegierte, Opposition 0 (im vorigen Jahre verlor die Opposition neben der Bezirksleitung über sämtliche Mandate); Bezirk 5: 46 Delegierte, Opposition 1; Bezirk 6: 45 Delegierte, Opposition 0; Bezirk 7: 44 Delegierte, Opposition 0; Bezirk 8: 69 Delegierte, Opposition 2; Bezirk 9: 19 Delegierte, Opposition nicht festlegend, keinesfalls mehr als 4; Bezirk 10: 14 Delegierte, Opposition 4; Bezirk 11: 33 Delegierte, Opposition 0. Von den insgesamt 437 Delegierten entfallen demnach 425 auf die Partei der auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Kollegen und allerfalls 12 auf die Opposition. Durch dieses Resultat hat die Opposition gewaltig an Boden verloren.

Berlin. (Schriftleiter.) Der Versammlungsbesuch war, wie in letzter Zeit stets, ein guter. Unter „Verstärkung“ wurde für die Invaliden und Witwen ein Geldgeschenk zu Weihnachten beschlossen. Für die bessere berufliche Ausbildung unserer Lehrlinge wurde eine stiftungsmäßige Kommission gewählt, die mit den Prinzipalen zusammen einen Arbeitsplan in technischer Hinsicht ausarbeiten soll. Anlässlich des Todes eines Kollegen, der 30 Jahre bei der Firma Verbold (Abteilung Gurlich) beschäftigt war, kam es zu Streitigkeiten zwischen Firma und Personal wegen der Festsetzung der Teilnehmerzahl an der Beerdigung. Die Sache beschäftigte schließlich den Schlichtungsausschuss. Unsere Versammlung stellte sich in der Sache auf den Standpunkt des Personals, indem sie gleich diesem in dem kleinen Verhalten der Firma eine Provokation der Arbeiterkraft und den Versuch erblickte, das Betriebsratsgesetz zu ihren Gunsten auszulagern. Die in der Tarifausschubung erledigten Anträge wurden vom Vorsitzenden eingehend erläutert. Kollege Schneider berichtete über die Lohnverhandlung, und die Versammlung war mit dem ungenügenden Resultat nicht zufrieden. Die Zentralkommission wurde ermächtigt, sollte die Steuerzusage sich weiter auswirken, das laufende Lohnabkommen bereits am 15. Dezember zu kündigen, um ab 1. Januar 1922 weitere Erhöhungen zu erhalten. Nur unter dieser Voraussetzung nahm die Versammlung das neue Lohnabkommen gegen eine starke Minderheit an.

Braunschweig. In der Versammlung am 2. Dezember gab Gehilfenvertreter Pflingst (Hannover) den Bericht von der letzten Tarifausschubung. Der Referent verstand es, in seinen klaren, zielbewussten Ausführungen der Versammlung den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen vor Augen zu führen. Auf wichtige Beschlüsse näher eingehend, betonte er dann in seinem Schlusswort, fest zum Verbands zu stehen, denn nur eine geschlossene Organisation könne etwas erreichen zum Wohle der Gehilfen. Ohne nennenswerte Debatte wurde den Beschlüssen der diesjährigen Tarifausschubung einstimmig zugestimmt.

Bunzlau. Unter starker Beteiligung der Kollegen fand am 3. Dezember unsere Generalversammlung statt, zu der eine reichhaltige Tagesordnung vorlag. Der Vorsitzende gab in seinem Geschäftsbericht ein Bild von der tariflichen Lage unserer Organisation während des verflochtenen Jahres, die Hauptpunkte, die Tarifausschubungen und deren Ergebnisse, dabei herauschärend, um sich dann über die Tätigkeit des Vorstandes auszusprechen. Die Diskussion bewies, abgesehen von einigen besonderen Wünschen, daß die Kollegenschaft mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden war. Der Punkt „Vorstandswahl“ löste eine längere Debatte aus, da der bisherige Vorsitzende, Kollege Zukowsh, durch das Verhalten einiger Kollegen kritisiert worden war, amtsübt war. Nach längerer Aussprache, in der immer wieder betont wurde, daß es Pflicht der Kollegen sei, mit der andern Arbeiterkraft Schulter an Schulter zu marschieren und die Kritik in die Versammlungen und nicht hinter Kästen und Maschinen zu tragen, wurde der bisherige Vorsitzende und Kassierer wieder, der Schriftführer neu gewählt. Der Statistikerbericht war Gegenstand einer erregten Auseinandersetzung, da einige ältere Kollegen glauben, daß die Beschlüsse des Ortsausschusses in puncto Beitrag zu dem Baufonds des Gewerkschaftshauses nicht für sie bindend seien. Für eine Weibnachtsbescherung armer Gewerkschaftler, die vom Ortsausschuss veranstaltet wird, bewilligte der Ortsverein 50 Mk. Kollege Schubert hatte aus Anlaß seines 40jährigen Verbandsjubiläums dem Ortsverein 100 Mk. mit der Bitte überwiesen, die Summe zu einer Weibnachtsbescherung an ein oder mehrere bedürftige Kollegen zu verwenden. Die Kollegenschaft nahm die Spende dankend entgegen und beschloß, einen Extrabeitrag von 10 Mk. pro Kopf am 10. Dezember zu erheben und die gesammelte Summe mit der des Kollegen Schubert unsern invaliden Kollegen Jakob Vorn zum Weibnachtsfest auszubringen. Ausdrücklich wurde betont, daß wir die moralische Pflicht haben, für unsere Arbeitsveteranen zu sorgen und dieselben über Wasser zu halten. Möge der Versammlungsbesuch im kommenden Jahr ebenso gut sein wie im verflochtenen. Nur durch Zusammenhalten aller Kräfte ist es möglich, für die Organisation erprobliche Arbeit zu leisten.

Dortmund. Mit der letzten Tarifausschubung beschäftigte sich unser Ortsverein in seiner Versammlung am 4. Dezember sehr eingehend. Von fast allen Rednern wurde die Unzulänglichkeit des Gebotenen betont und die von Gehilfenvertreter geforderten 200 Mk. als das Wenigste betrachtet, was einigermaßen einen Ausgleich gebracht hätte, zumal die Teuerung schon vier bis sechs Wochen vor Inkrafttreten der bewilligten Zulage in rascher Weise einsetzte. Rührerlich empfand die Versammlung die von den Prinzipalvertretern immer wieder geforderte Begründung der Gehilfenforderung, obwohl doch jeder Mensch aus eigener Anschauung die Not des kriegsleidenden Lebens spürt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 4. Dezember tagende Versammlung des Ortsvereins Dortmund stimmt dem neuen Lohnabkommen des Tarifausschusses zu, erklärt aber, daß die Lohnabforderungen nicht im entferntesten ein Ausgleich gegenüber der außerordentlichen Verteuerung der Lebenshaltung sind. Sie verlangt, daß das neue Abkommen am 15. Dezember gekündigt wird.“

Freiburg i. Br. Unsere Versammlung am 3. Dezember nahm u. a. Stellung zu dem Ergebnisse der letzten Tarifausschubung. Wenn auch anerkannt wurde, daß die Lohnzulage höher ausfallen ist als bisher, so wurde andererseits doch betont, daß die Teuerung in den letzten Wochen ganz bedeutend zugenommen habe. Als Ausgleich für diese Zeit, in der wir einen viel zu niedrigen Lohn bezogen haben, wäre die Bewilligung einer Wirtschaftsbefreiung, wie sie von den Gehilfenvertretern auch verlangt wurde, am Platze gewesen. Auch nach dieser neuen Lohnregelung, durch die das Lohnminimum der Vorkriegszeit etwa um das Fünftel erhöht wurde, ist es sehr schwierig, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es können deshalb die Lohnbewegungen nicht zum Stillstand kommen, bis dieses Ziel erreicht ist. Bemängelt wurde auch die Verschlechterung der Bezahlungskala, denn gerade in den kleinen Druckerellen werden die Bezahlungen oft sehr schlecht ausgebildet und fliegen dann meistens nach den vier Lebrjahren aufs Plakat, weil sie neuen Druckerellen Platz machen müssen.

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 4. Dezember.) Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Für die Weibnachtsunterstützung der Arbeitslosen, Kranken, Invaliden und Witwen wurden bestimmte Sätze und Kassen festgesetzt. Sodann gab Kollege Runkler einen Bericht von der letzten Sitzung des Tarifausschusses. Die durch die maßlose Teuerung dringend notwendige Erhöhung der Löhne bildete wiederum den Hauptpunkt der Beratungen. Redner schilderte die einzelnen Phasen der Verhandlungen bis zum endlichen Abschluß. Der Wochenlohn erhöhte sich je nach der Altersklasse ab 1. Dezember für Hamburg um 70—100 Mk. Sei damit unsere Forderung auch lange nicht erfüllt, so seien wir doch wieder einen Schritt weiter gekommen zu unserm Ziele. Wichtig sei auch die Kürzfristigkeit des Abkommens; es könne aller 14 Tage mit monatlicher Frist gekündigt werden. Trotz der Gleichstellung Hamburgs mit Berlin sei jetzt wieder eine Differenz von 8 Mk. wöchentlich vorhanden. Ein Schriftwechsel mit den Unternehmern sei bisher ergebnislos gewesen. Nach der neuen (grünen) Lohnabelle ständen den Hamburger Kollegen die 8 Mk. zweifellos als tarifliches Recht zu. In den Bericht schloß sich eine rege Aussprache an, der sich zehn Kollegen beteiligten. Allgemein war die Inzulieferbarkeit mit dem Erreichten. Mehrfach wurde die Einführung der gleitenden Lohnkala mit entsprechenden Sicherungen als notwendig bezeichnet. Bedauert wurde, daß auch diesmal die Urabstimmung nicht zur Anwendung kam. Das eingetragene Überstundenunwesen fand scharfe Verurteilung. Nachdem Kollege Runkler im Schlusswort auf die Aussprache eingegangen war, wurde folgende Entschliessung als Willensausdruck der Versammlung einstimmig angenommen: „Die Hamburger Kollegenschaft erklärt das Lohnabkommen für ungenügend und fordert die Kündigung am 15. Dezember. Sie verlangt ferner wiederum nachdrücklich, die Verhandlungen so zellig abzuschieben, daß eine Urabstimmung stattfinden kann.“ Zur Erledigung der Lohn Differenz von 8 Mk. wurde der Vorstand beauftragt, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen. Der geplante Erhöhung des Beitrags um 2 Mk. pro Woche ab 1. Januar wurde nach Begründung durch Kollegen Runkler und anschließender kurzer Aussprache gegen eine kleine Minderheit zugestimmt. Zum Schluß forderte Kollege Vollger noch gegen das überhandnehmende Schieber- und Wucherium aktiveres Auftreten des Ortsausschusses und Eingreifen der gelebenden Körperlichen.

Leipzig. (Allgemeine Buchdrucker-Versammlung am 2. Dezember.) Zum vierzehnten in diesem Jahre hatte unser Gehilfenvertreter Gläß die Leipziger Kollegen zusammengerufen, um ihnen Bericht zu erstatten über das Ergebnis der Tarifausschubung. In längeren Ausführungen entrollte er ein Bild von den schwierigen Verhandlungen. Aber den am meisten interessierenden Punkt, die Lohnrate, verbreitete sich der Redner ausführlich. Wenn auch diese Lohnzulage nicht befriedigend und den heutigen Teuerungsvhältnissen nicht entspreche, so möge man sie doch hinnehmen als eine Abkassungsabgabe, zumal uns bei weiterer sprunghafter Steigerung ein kurzfristiger Termin zur Kündigung des Lohnabkommens zur Seite stehe. Von Wichtigkeit sei noch die Erhöhung des Kopfgebühres für Bezahlung, obgleich hierfür eine Verschlechterung hingenommen werden mußte. Die übrigen Punkte der Tagesordnung kurz streifend, ging Redner dazu über, das Schicksal des von Leipzig gestellten, aber als aussichtslos zurückgegangenen Antrags betreffend Gleichstellung mit Berlin oder Hamburg einer Betrachtung zu unterziehen. Scharf tadelte der Redner

das Vorgehen einer kleinen Gruppe von Kollegen, die am 24. November eine öffentliche Buchdrucker- und Hilfsarbeiterversammlung nach dem „Pantheon“ einberufen hatte, um über die Forderungen der Mitglieder hinweg Forderungen zu stellen, obwohl eine Mitgliederversammlung eine Stellungnahme zur Tarifausschubung abgelehnt hatte. Eine dort gewählte Kommission zur Vertretung der aufgestellten Forderungen sei vom Prinzipalrat abgelehnt worden. Welche Wirkungen derartige Kommissionen hinterlassen, gab Redner in nicht mißzuverstehendem Worten an. Mit dem Ergebnis der diesjährigen Verhandlungen einer gerechten Würdigung zu unterziehen und sachliche Kritik zu üben, schloß der Gehilfenvertreter seine Ausführungen. Anschließend entspann sich eine heftige Aussprache, an der sich die Kollegen Hoyer, Witten, Kohl, Rasche und Schaeffer beteiligten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte brachte diese zum Stillstande. Kollege Gläß machte in seinem Schlusswort einige Richtigstellungen und beantwortete an ihn gerichtete Fragen. In der Abstimmung gelangte nachfolgende Entschliessung des Kollegen Hoyer zur Annahme: „Die am 2. Dezember im „Volkshaus“ verammelten Buchdrucker Leipzigs nahmen den Bericht der Tarifausschubung entgegen, können sich aber mit dem Lohnabkommen, das in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Teuerung steht, nicht einverstanden erklären. Sie leben in der bisherigen Tarif- und Arbeitsgemeinschaftspolitik keinen Ausweg, der sie aus der wirtschaftlichen Notlage führen kann. Nur die Zusammenfassung aller Berufsgruppen zum einheitlichen Kampfe gegen den Wucher und gegen die fortschreitende Verelendung kann eine Abwendung bringen. Die Versammlung erkläre in den zehn Forderungen des A.D.B. einen gangbaren Weg, um die wirtschaftliche Lage zugunsten der Arbeiterkraft zu bessern. Sie beauftragen ihre Organisationsleitungen, mit allem Nachdruck diese Forderungen zu unterstützen, und sind bereit, überall alles zu tun, um dieselben zur Durchföhrung zu bringen.“ — Im Anschluß an die allgemeine Versammlung fand eine Gaumitgliederversammlung statt. Unter „Vereinsmittlungen“ erlieferte Kollege Kesselbarth Bericht über die letzten Vorkommnisse innerhalb des Gaus und machte Mitteilungen über die im nächsten Jahre hier stattfindende Verbandsgeneralversammlung und über das Stützungsfest des Gaus. In der Aussprache nahm Kollege Heise scharf Stellung zur Frage der Überstunden und suchte diese in einem eingetragenen Antrage zu verhindern. Man müsse unbedingt die Überstunden verweigern, um die kommende wirtschaftliche Krise hinauszuführen. Mit den Maßnahmen des Gausvorstandes in der Gewährung von Überstunden erklärte er sich einverstanden, ebenso in der Stellungnahme desselben bezüglich des Lebens von „Volkshaus“-Marken. Weiter kritisierte Redner die letzte Erhöhung des Beitrags um 2 Mk., und tadelte seine Kritik in einem Antrage zusammen. Beide Anträge riefen eine ausgedehnte Aussprache hervor. Besonders von Gausvorstandsseite wurde auf die Undurchführbarkeit des ersten Antrags hingewiesen und die unüberlebbar Folgen und Schwierigkeiten vor Augen geführt, die durch die Annahme herbeigeföhrt werden könnten. Bezüglich des zweiten Antrags wurden von verschiedenen Seiten die Gründe erläutert, die den Vorstandsvorstand seinerzeit bewegen hatten, den Sonderbeitrag zu erheben. Trotz mehrmaliger Aufforderung an den Antragsteller zur Zurücknahme seiner Anträge, konnte sich dieser nicht dazu entschließen. Die Abstimmung hierüber brachte die Ablehnung des ersten Antrags; die Abstimmung über den zweiten Antrag mußte mehrere Male vorgenommen werden. Dieser fand schließlich Annahme durch Stimmensprung mit 113 gegen 102 Stimmen. Er lautet: „Die am 2. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Gaus Leipzig protestiert gegen die vom Vorstandsvorstand eigenmächtig verfügte Beitragserhöhung, die fast ausschließlich zu außerordentlichen Unterstützungszwecken verwandt wird. Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen des Verbandes eine Verletzung des Mitgliedsbestimmungsrechts der Mitglieder und spricht ihm dafür ihr Mißtrauen aus. Die Versammlung erklärt aber ihre jedergeltige Zustimmung zu einer Beitragserhöhung, die zum Zwecke der unausbleiblichen wirtschaftspolitischen Kämpfe erhoben wird.“ Darauf wurden zur Unterstützung kranker, arbeitsloser und invalider Kollegen anlässlich des Weibnachtsfestes 75 Mk. für ledige Arbeitslose und Kranke bewilligt, für Verbeiratete und Invaliden 100 Mk. Damit hatte die leider sehr schwach besuchte Versammlung ihren Abschluß erreicht.

Mainz. (Bezirksversammlung vom 30. November.) Ausgenommen in die Organisation wurde ein Kollege. Alsdann referierte unser Gausvorsteher Friedrich Conrad über die Tarifausschubung in Leipzig. Der Referent, der es verstand, durch seine vorzüglichen Ausführungen die Versammlung zu fesseln, betonte die Notwendigkeit eines engen Zusammenhanges der Arbeiterkraft. Ebenso betonte Redner die Notwendigkeit der Beitragserhöhung, da, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wir einer schweren Krise entgegengehen. Für alle Fälle müßten wir gepanzert sein. Die Versammlung spendete dem Referenten starken Beifall. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man keineswegs mit dem Ergebnisse zufrieden sein könne, da der dergeltige Lohn bei weitem noch nicht den Teuerungsvhältnissen entspreche. Der Tätigkeit der Gehilfenvertreter wurde aber allgemeine Anerkennung gezollt. Die Abrechnung vom dritten Quartal lag gedruckt vor und es wurde dagegen keine Einwendungen erhoben. Beschlossen wurde, den Bezirksbeitrag ab 1. Januar 1922 von 60 Pf. auf 2 Mk. wöchentlich zu erhöhen. Den Kranken, Invaliden, Arbeitslosen und Durchreisenden wird zu Weihnachten ein Geldgeschenk ausgezahlt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten

heßen schloß Vorsitzender Weyrich mit Worten des Dankes die Versammlung. — Wie ein Blitz aus heilerem Himmel kam uns die Nachricht, daß die Prinzipalität des besetzten Gebiets des Kreises III die Auszahlung des seinerzeit beschlossenen Provisoriums einer Besatzungszulage ab 1. Dezember einstellte. Ohne vorherige Verhandlung mit der Gehilfenschaft haben diese Herrschaften einfach durch diese Abmachungen einen Fehlertrick gemacht. Eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung am 1. Dezember beschäftigte sich mit dieser neuerlichen Provokation der Gehilfenschaft. Man findet keine Worte, um dieses Gebaren richtig zu beleuchten. Des Älteren ist an dieser Stelle die Angelegenheit der Besatzungszulage besprochen worden, und wir brauchen deshalb nicht näher darauf einzugehen. Die Versammlung nahm mit Entschiedenheit Kenntnis von dieser Herausforderung durch die Prinzipalität. Die Diskussion bewegte sich in den schärfsten Bahnen, und der Vorstand hatte alle Mühe, die Gehilfenschaft von dem äussersten Schritt abzuhalten. Trotz des rigorosen Vorgehens der Prinzipalität ist die Gehilfenschaft gewillt, den Instanzenweg einzuschlagen. Aber der Prinzipalität sei gesagt, daß sich die Gehilfenschaft dieses Gebaren aus die Dauer nicht mehr gefallen läßt, mag es nun liegen oder brechen; sie hat es nun endlich fast, sich dauernd als einen Sanswurst betrachten zu lassen; die Gehilfenschaft kommt aus der Erregung nicht mehr heraus. Auch unsre Zentralinstanzen müssen daraus erleben, daß das Barometer im besetzten Gebiete des Kreises III auf Sturm steht. Kommt die Gehilfenschaft nicht endlich zu ihrem Rechte, dann sind die Folgen unabsehbar. Wenn die Prinzipalität Ruhe und Frieden nicht haben will, dann lehnt auch die Gehilfenschaft für die Folge jede Verantwortung ab. Es wäre wahrscheinlich an der Zeit, daß auch im Kreise III wieder Ruhe einbricht.

**Mannheim.** In der Bezirksversammlung am 19. November gelangten zwei Kollegen zur Aufnahme. Im lebenswürdiger Weise hatte sich Herr Dr. S. Stern zur Verfügung gestellt, um einen Vortrag über „Entstehung und Bekämpfung nervöser Leiden“ zu halten. Den Ausführungen des Referenten über das Nervenleiden, dessen Aufbau, Funktionen und Störungen, die nicht allmählich, sondern allgemalverständlich gebildet waren, folgte die Verlesung mit gespannter Aufmerksamkeit. Reicher Beifall beehrte den Vortragenden, und der Vorsitzende sprach namens der Versammlung Herrn Dr. Stern den Dank für den zeitgemäßen Vortrag aus. Hierauf gelangte der geschäftliche Teil zur Erledigung. In einem Schreiben an den Bezirksvorstand drückten die Weinheimer Kollegen ihren Mißmut über die Nichtberücksichtigung bei der letzten Erhöhung der Sonderzulagen aus und erklärten, fernerhin keine Bezirksversammlungen mehr zu besuchen. Der Vorsitzende wies die Kallidität des Schreibens zurück, mit Recht die Mühe und Arbeit registrierend, die die Vorrede Weinheim und Schwelgen dem Bezirksvereine schon verursachten. Mit der Drohung, keine Bezirksversammlungen mehr zu besuchen, bewies die Weinheimer Kollegen lediglich, daß sie sich der Wichtigkeit eines Verbandmitgliedes nicht bewußt sind. Es folgte der Kassenbericht über das dritte Quartal. Der Kassenbestand betrug 14225,33 Mk. Nach Erstattung des Kartellberichts durch den Vorsitzenden und nach Beantwortung einer Reihe von Anfragen des Kollegen Keller für das Kartell fand die Versammlung ihr Ende. Für die Opfer Oppaus wurden 2884 Mk. gesammelt.

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Zum Tarifkonflikt im „Anweiler Wochenblatt“**  
Die bereits erschienenen Mitteilungen über die Differenzen mit der nichtaktiveren Druckerei Sühners Nachfolger, Krieg & Denker, können heute ergänzt werden. Die Stadtverwaltung hat nämlich am 23. November beschlossen, „der Firma so lange Verleugungen für die Stadt zu entziehen, bis sie ihre Leute tarifmäßig bezahmt“. Das ist eine begründete Maßnahme, die natürlich von der tariflosesten Firma ganz anders aufgefaßt wird, was in zwei Spalten als „schärfster Protest gegen den Beschluß des Stadtrats“ zum Ausdruck kam. Die Herren vermögen aber nichts zu entkräften: sie beschäftigen gegenwärtig bei fünf Beibringen einen ganz jungen Gehilfen. Diese Kunststücke ist von tariflich-minimaler Bezahlung erbeichtlich entfernt. Die Beibringe werden mit 5, 12, 17 und 21 Mk. um mehrere hundert Prozent unter den Söhnen der Beibringungsordnung beschäftigt. Ihre Arbeitszeit ist derartig geschwächt, daß der Gewerkeinspektor sich sehr schnell um diesen Mißstand kümmern sollte. Krieg & Denker in Anweiler wie andre Tarifnormanten und die neuerdings auftretenden Ausbrecher aus der Tarifgemeinschaft müssen auf jede Weise gelockt und müde gemacht werden. Das Publikum muß möglichst auch kritisch aufgeklärt werden, wie es in diesem Falle vom Vorstande Mittelheim kräftig geschieht.

**Ein „arbeiterfreundliches“ Blatt über das neue Lohnabkommen.** In Limburg a. d. R. erscheint im 52. Jahrgange das Zentrumsorgan „Nassauer Votum“. Am 20. November gab der Verlag in einem durch Schriftwahl stark herausstretenden Appell an die Leser bekannt, daß der Anzeigepreis sofort Erhöhung erfahre, der Bezugspreis demnach, wenn er auch vorläufig (jedenfalls für Dezember) noch unverändert bleibe. Zur Begründung dieses Schrittes werden dreifach die Buchdruckergehilfen mit ihren übertriebenen Lohnforderungen und trotz Abstrichen immerhin noch außergewöhnlich hoch ersetzten Lohnzulagen angeführt, während die allgemeine Steigerung aller Einkommen ganz nebensächlich Erwähnung

findet. Es wird sogar gesagt, daß das bestehende Lohnabkommen noch bis zum 1. Januar laufe und vor vier Wochen „bereits eine weitere Zulage ausbezahlt worden wäre“. In dieser durchaus unakademischen Form macht also der „Nassauer Votum“ seine Leser auf die Buchdruckergehilfen scharf; von dem doch nicht durch diese herbeigeführten neuen Verteuerungsstempel kein Wort. Es sind jetzt von offizieller Zeitungserlegter Natur, Naturale und Erklärungen aller Art erschienen. Darin findet eine andre Bemerkung statt, da marschiert die um das Diesfache stärkere Verteuerung der Materialien an erster Stelle. Auch insoweit verfährt man so; a. B. lautet ein Satz in der „Frankfurter Zeitung“ über „Die Not der Presse“: „Der Preis des Papiers ist gegenüber dem Friedensstande schon heute auf das Zwanzigfache gestiegen, und weitere ganz außerordentliche Steigerungen stehen unmittelbar bevor. Die Teuerung aller andern Materialien (Kohle, Elektrik, Gas, Öl, Farben, Maschinen, Schriften und Blechematerial) und endlich der Löhne und Gehälter kommt hinzu.“ Das „arbeiterfreundliche“ Blatt in Limburg kann von dem demokratischen Frankfurter Organ lernen, wie man den Taktchen die Ehre zu geben hat. Wir hoffen, nicht ein zweites Mal dem „Nassauer Votum“ aus diesem Grunde eine Lektion erteilen zu müssen.

**Dreifach billigerer Anzeigepreis!** Vom Verlage des „Thüringer Boten“ in Grödenhof erhalten wir Mitteilung, daß das Thüringer Renntamt ihm eröffnet habe, keine Bekanntmachungen mehr im „Thüringer Boten“ veröffentlichen zu können, es sei denn, man würde wie die „Probsteier Zeitung“ dreifach niedriger berechnen und außerdem 2 Proz. Skonto gewähren. Der „Thüringer Boten“ bemerkt dazu, es könne daran ersehen werden, was „trotz der ungeheuren Papierpreiserhöhungen (der Nassauer Votum) würde schreiben: trotz der ungeheuren Lohnsteigerungen) noch möglich ist“. Wir erleben das aus der Zukunft aber gleichzeitig, nämlich: Die „Probsteier Zeitung“ ist ein Ableger des „Ludwigshafener Korrespondent“, den dort die Firma Wilhelm Ehrhardt herausgibt, in dem mehrere Söhne des Verlegers tätig sind, weshalb wohl auch bei andern Aufträgen die Presse so gedrückt werden. Wir meinen, wenn die kleinen Zeitungen draußen im Hinterlande den Behörden solche Beispiele geben, dann werden diese auch in der jetzigen Zeit, wo alles, was im Gebirgslande nicht zimmerlich ist, den unangenehmen Preis gegen früher als gewöhnliche Bezahlung ansehen, verlangen, es solle für sie förmlich umloht gearbeitet werden, wie es früher eine gewöhnliche Erscheinung war.

**Die Not im Zeitungsgewerbe.** Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungserleger veröffentlichte zur Lage im Zeitungsgewerbe einen Aufruf, aus dem wir folgendes wiedergeben: Die deutsche Presse wird plötzlich vor eine Katastrophe gestellt, die lange befürchtet, aber mit allen möglichen Mitteln bisher vermindert wurde. Die deutschen Zeitungen haben von dem bis auf das Unberechenbare gestiegenen Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten abwälzen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frühen 2000 Mk. kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37000 Mk. gestiegen war. Pöblich wird hierauf ein weiterer solitärer Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die allgemeinen sprunghaften Verteuerungen und die Erhöhungen der Löhne usw. Auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise würde dazu in gar keinem Verhältnis stehen. Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungswesen aufrechtzuerhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen. Wir treiben aber offenbar in eine Krise hinein, in der die Aufrechterhaltung der Presse mehr als je auch die Aufrechterhaltung der Hoffnung, der Ordnung, des Staatslebens bedeuten wird. Nur Aufrichtigkeit und Unmisslichkeit kann das verhindern. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. Das muß verstanden und gewürdigt werden in dem Augenblicke, wo es nun tatsächlich geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse! Es wird daher zuversichtlich erwartet, daß die unbedingt notwendigen außerordentlichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigepreise nicht zuletzt deshalb getragen werden, weil nur so die wirtschaftliche Unabhängigkeit der deutschen Presse und ihre Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen zu erhalten ist. Wir wollen, solange es irgend möglich ist, die deutschen Zeitungen vor dem Erliegen schützen. Und wenn es leider bei der kümmerlichen Entwicklung zum Schlimmen nicht gelingen wird, manche alleingebürgerte und wertvolle Organe der öffentlichen Meinung vor dem Zusammenbrüche zu retten, so darf uns doch Pessimismus nicht dahin bringen, daß wir widerstandslos den Dingen ihren Lauf lassen. Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenthalten erkannt werden, solange es noch Zeit ist!

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer zu Regensburg bestanden die Kollegen G. Zedler aus Schönau (Kochbach) und A. D. aus Regensburg die Meisterprüfung mit Erfolg.

**Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe (A. Z.).** Am 19. November hielt der Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe (Sitz: Berlin C) in Frankfurt a. M. seine diesjährige Hauptversammlung ab. Zur Aufzählung diene, daß in diesem Verbands hauptsächlich Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungserleger noch besonders organisiert sind zur intensiveren Vertretung ihrer Interessen. In der Versammlung war auch der neue Generaldirektor

des Deutschen Buchdruckervereins, Dr. Woelch, zugegen. Der Jahresbericht, vom Geschäftsführer Direktor Reich erstattet, gab Zeugnis von der umfangreichen Tätigkeit des Verbandes, der es verstanden hat, sich entsprechenden Anstrengungen bei den Reichs- und Staatsbehörden zu widmen. Er hebt es als eine seiner Hauptaufgaben an, bei der Schaffung von allen Seiten, das Arbeitsverhältnis betreffenden sozialen Gesetzen mitzuwirken und die Regelung, soweit das Zeitungsgewerbe von derartigen Gesetzen berührt wird, sachgemäß (hoffentlich nicht nur vom Unternehmensstandpunkte) zu beraten. Bericht wurde über den Abschluß einer Reichsarbeitsgemeinschaft mit dem Reichsverband der Deutschen Presse und über eine Annäherung mit der Schutzgemeinschaft der Buchdruckerbesitzer und der Zeitungserleger Deutschlands. Damit wird natürlich nur die Einzelheit der Unternehmern im Buchdruckerberufe angekreht, woran sich die Arbeitnehmer ein Beispiel nehmen sollten.

**Neue Lohnerhöhung im Buchbindergewerbe.** Am 28. November, dem Abschlußtag der Neuregelung der Löhne der Buchdrucker, begannen in Erfurt zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Etuis- und Kartonnagenindustrie und Vertretern der Buchbinderarbeiter neue Lohnverhandlungen. Diese Verhandlungen vollzogen sich in den üblichen Bahnen und endeten mit einer Verständigung. Ansehnlich schwieriger gestalteten sich indessen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen am 2. Dezember in Berlin bzw. am 7. Dezember in Leipzig. Schließlich kam aber auch hier ein annehmbares Verhandlungsergebnis zustande. Danach betragen die ab erster voller Lohnwoche und die ab dritter voller Lohnwoche im Dezember festgesetzten tariflichen Stundenlöhne in der höchsten der sechs Ortsklassen (Berlin): für ledige Gehilfen im ersten Gehilfenjahre 7,25 Mk., im zweiten Gehilfenjahre 8,05 Mk., im dritten Gehilfenjahre 8,55 Mk., im vierten Gehilfenjahre 9,15 Mk., nach dem vierten Gehilfenjahre 10,10 Mk., nach dem vierten Gehilfenjahre und über 24 Jahre 10,35 Mk. Verbeiratete Gehilfen erhalten in der höchsten Ortsklasse im dritten Gehilfenjahre 9,85 Mk., im vierten Gehilfenjahre 10,45 Mk., nach dem vierten Gehilfenjahre 11 Mk., nach dem vierten Gehilfenjahre und über 24 Jahre 11,10 Mk. Damit sind die Buchbinder so ziemlich zu den gleichen Stundenlöhnen gelangt, wie sie Buchdrucker beziehen. Das neue Abkommen gilt bis auf weiteres mit monatlicher Kündigung. Die Kündigung ist erstmalig zulässig am 15. Dezember 1921 zum 15. Januar 1922.

**Transportarbeiter-Internationale und Weltwirtschaftskrisis.** Der Internationale Generalrat der Transportarbeiterverbände hatte nach eingehender Erörterung der Weltwirtschaftskrisis eine Entschließung zur allgemeinen Kundgebung. Darin kommt zum Ausdruck, daß durch den fortschreitenden Rückgang des Welthandels das Transportgewerbe unter einer großen Arbeitslosigkeit leiden muß. Die schwankenden Wechselkurse der verschiedenen Länder würden den Austausch von Gütern und gegenseitigen Leistungen langsam, aber sicher zur Unmöglichkeit machen. Die Arbeiter in den Ländern der Entente und den neutralen Staaten werden gewarnt vor den schädlichen und unsehbar eintretenden Resultaten des stetigen Rückganges des Lebensstandards, der den Arbeitern Zentraluropas durch die schweblichen Wirkungen der Friedensverträge aufgezwungen wurde. In der Handelskonkurrenz auf dem Weltmarkt, oder was noch davon übrig geblieben ist, habe die wirtschaftliche Anarchie der Völker Zentraluropas unsehbar zur Folge, daß die Arbeiter in den andern Ländern zur Annahme einer Reduktion der wirklichen und nominalen Löhne gezwungen sind. Alle organisierten Arbeiter und speziell diejenigen der Ententeländer müßten deshalb alle Anstrengungen machen, um eine einschneidende Reaktion der Friedensverträge zu sichern, die sich als wirtschaftlich ungesund und moralisch verwerflich erweisen hätten.

**Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Mit Rücksicht auf die Teuerung hat die Reichsregierung die bisherigen Erwerbslosenunterstützungssätze vom 5. Dezember ab um etwa 1,75 bis 3 Mk. erhöht.

### verschiedene Eingänge

„Schweigengedächtnis vom kleinen Seim.“ Erlebnisaufsätze. Gesammelt und herausgegeben von Adolf Jensen und Wilhelm Rameus. Diese kleinen Gedächtnis, in belebter und nachdenklicher, spielerischer und harmloser oder feinerer und feinerer Art und Weise von vierzehnjährigen Knaben und Mädchen in noch unangenehm geschrieben, sind ein ausgezeichnetes Anregungsmittel für unsere kleine Gesellschaft. Verlagsgesellschaft (Frelb., G. m. b. H., Berlin C 2).

„Der Naturarzt.“ Seite 10 und 11. 49. Jahrgang. Monatlich ein Bogen. Bezugspreis jährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk. (Mitglieder des Deutschen Bundes der Naturheilvereine gratis.) Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

### Briefkasten

**A. Z.** in S. 1: Freundl. Dank für Abersendung. — **A. Z.** in S. 1: Eingang wird bekräftigt. Wenn wir erst den Raum dazu aufbringen könnten. — **A. Z.** in S. 2: Das ist eine von den Fragen, wo der Buchdrucker mit dem Staatsbürger und mit dem Sozialisten in Konflikt geraten kann. Hier streuen sich die Interessen. So einer drucker da nicht so sehr betont. — **A. Z.** in S. 1: Nur als Inserat möglich; Preis 8 Mk. — **A. Z.** in S. 2: Wir können es wohl begreifen, daß Sie Ihren schon lange hier befindlichen Artikel reklamieren, da aber gegenwärtig die Papierverleugung so unzureichend ist, wie seit Jahren nicht, müssen die wenigen unterzubringenden Artikel sorgfältig nach ihrer zeitlichen Notwendigkeit ausgewählt werden. — **A. Z.** in S. 2: Aufnahme erfolgt; wann, richtet sich nach der Zeit, die nach dringenderen Angelegenheiten. — **A. Z.** in S. 2: Der Sache wird nachgegangen; Erhebung erfolgt wegen Raummangel eventuell unter „Rundschau“. — **A. Z.** in S. 2: Nach genauer Prüfung gar nicht empfehlenswert; werden uns also mit der bewußten Stelle in Verbindung setzen. — **A. Z.** in S. 2: Die Antwort auf Ihre Fragen würde zu weitläufig werden; wir verweisen Sie daher

auf den jetzt zum Versand kommenden Buchdruckerkalender. — A. G. in St. Gallen: Es lebe uns ein Raum für die Spindel über die Christlichen. Auch in der Schweiz werden sich diese zu einer vornehmlichen Arbeiterpolitik durchringen müssen, wenn sie nicht jeden Kredit einbüßen wollen. Gruhl — W. H. in Buschegg: Ihre guten Wünsche erwidern wir bestens. — Nach Schwabrig: Danken für Überbringung des „Le Travailleur du Livre“. — G. St. in Bln.: 16. 2. — 9. 2. in St.: 16. 2.

November 1921 hat von nachfolgenden Orten nicht eingelangt worden: Marienburg, Uda, Innersberg, Gerswalde, Bitterfeld, Salzwedel, Westphalen, Gulda, Mainz, Wiesbaden, Deggendorf, Kronach, Kumbach, Günsburg. Die Karten aus Siegen I. B. und Reichenthal gingen verspätet ein. Die Hauptverwaltung.

**Adressenveränderungen**  
Gew. (Maschinenvereine.) Vorsitzender: Ernst Stede, Gena-Dr., Rimselweg 10.

**Veranstaltungskalender**  
Berlin. Maschinenmessenverjammlung heute Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Rosastraße 2.  
— Rotationsverjammlung Mittwoch, den 21. Dezember, abends 6 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alendrinestraße 44.  
Chemnitz. Maschinenmessenverjammlung Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Zwickauer Straße 1a.  
Dresden. Verjammlung Freitag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im „Kobold“.  
Dresden. Korrektorenverjammlung Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße.  
Jilina. Verjammlung Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamlaplatz 5 II.  
Gernspracher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.  
Betreffend Statistikarten für die Zählung der Arbeitlosen  
Die für das Reichamt zur Arbeitsvermittlung bestimmten Statistikarten für die Zählung der Arbeitlosen für den Monat No-

**NEUJAHRSKARTENAUSTAUSCH 1922**  
Wie in den vergangenen Jahren, so findet auch für das Jahr 1922 ein Kartenaustausch (den Typographischen Vereinen und der Ortsvereine im V. d. D. B. Bau. Einzufinden sind 150 Karten bis zum 15. Januar 1922. Der Austausch kostet für beteiligte Vereine 10 Mark, für nichtbeteiligte 15 Mark  
Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8  
Postfachkonto: Typographische Mittelstelle Leipzig Nr. 52287

**Erster Akzidenzsetzer**  
der bel. lit. Druckerarbeiten zeitgem., erschl. herauszubekommen, für sol. oder spät. nel. (Faktor z. 3. nicht vorb., Gelegenb. geb., in diese Stelle n. einig. Zeitjuriedienst. Leistung vorzuz.). Dfl. m. Zeugnisabch. u. Lebensn. an Druckerlei Werfel, Reustadt a. d. Sd. (Abheimp.).

**Mehrere Akzidenzsetzer**  
sucht die Buchdruckerlei Philipp Reclam jun., Leipzig.

**Russischer Maschinensetzer**  
für Linotype und Typograph gesucht.  
Angebote unter Nr. 898 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Maschinenmeister**  
mit Unterapparat, möglichst auch mit Zweitourmaschinen vertraut, gesucht.  
Angebote mit Zeugnisabdrücken an Kaufmann G. Kerpig, Mainz.

**Junger Korrektor**  
der sich redaktionell betätigt, sucht zum 1. Februar 1922 in SPD.-Provinzzeitung  
geeigneten Wirkungskreis. Suchender verfügt über gute Allgemeinbildung, ist Redner und Organisator und wirkt seit langem in der Jugendbewegung.  
Angebote unter Nr. 913 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Gewissenhafter Setzer**  
26 Jahre alt, ledig, versteht in allen Sorten (Akzidenz-, Katalog-, Tabellen-, mathematischem Satz und bestem Verhumbuch), mit Monotypesatz vertraut, in ungekündigter Stellung, sucht sich anderweitig in dauernde Stellung zu verändern.  
Gefl. Angebote unter Nr. 912 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Wd? Wd?**  
In einem Handsetzer, möglichst in Leipzig, Gelegenb. geboten, sich an der Monotypie als Zastler oder am Typograph auszubilden? Selbiger spricht perfekt deutsch, russisch, holländisch, estnisch, polnisch und schwedisch.  
Angebote an G. Wilson, Leipzig-Neudorf, Rathausstraße 35, 5. III.

**erster Akzidenzsetzer**  
mit geläutertem Geschmack für Satz und Entwurf, der auch zeitweise Korrekturen, eventuell auch Berechnungen übernehmen kann, in dauernde Stellung gesucht.  
Ausdrückliche Bewerbungen mit Zeugnisabdrücken und Gehaltsansprüchen erbeten. [895]  
Walter Kersten, Buchdrucker und Buchbinder, Halle a. d. S., Satz 52.

**Linotypesetzer**  
für sofort gesucht [902]  
Weyersche Buchdruckerlei, Delmold.

**Linotypesetzer**  
in dauernde Stellung gesucht. [903]  
Wulfen Wenzel & Sohn, Braunschweig.

**Monotypesetzer**  
in dauernde Stellung für Leipzig gesucht. [904]  
Herten, Zeugnis u. Gehaltsansprüche unter Nr. 897 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Monotypesetzer**  
Wir suchen tüchtigen  
in dauernde Stellung. Wegen Wohnungsmangel wollen sich nur unerbetene Herren melden. [894]  
Gebrüder Reichel, Augsburg.

Wir suchen zu baldigstem Eintritt einen tüchtigen, erfahrenen

**Maschinenmeister**  
für unsere Akzidenzdruckerlei, in Verhinderung, Formular- und Akzidenzarbeiten bewandert und möglichst vertraut mit Unterapparat, Unterstrahler wegen Wohnungsmangel bevorzugt.  
Angebote mit Zeugnisabdrücken und Angabe des frühesten Eintrittstermins an die Kameralfche Buchdruckerlei, Düren (Rhld.).

**Tüchtiger, erfahrener Setzerstereotypen**  
mit Flach- und Rundgleisinstrument Böhmig & Bauer und Organprägeste vertraut, zum 1. Januar gesucht.  
Angebote mit Zeugnisabdrücken und Gehaltsforderung, gefl. zu richten an die Kameralfche Buchdruckerlei, Düren (Rhld.).

**Galvanoplastiker**  
für sofort gesucht. [892]  
Bewerbungen mit Vordrucksprüchen, Altersangabe und Zeugnisabdrücken erbeten an G. Schwarz vorm. Emil Sand, Leipzig, Teubnerstraße 11.

**Leipzig! Leipzig!**  
Wo kann 20-jähriger fleißiger Setzer als Maschinensetzer  
(Ehnen gleich) lernen?  
Werte Offerten unter H. S. 879 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Schiffsetzer**  
19 Jahre alt, in allen Sorten bewandert, sucht ab 1. Januar, eventuell früher, Stellung. Gegend gleich, möglichst Sachfen. [911]  
Werte Angebote an Bellz Wegschmar, Dresden-N. 19, Nlemannstraße 26, erbeten.

**Tüchtiger Setzer**  
(Anzeigen und Akzidenz), auch in der Flach- und Rundgleiserei bewandert, möchte sich nach Stellen oder Umwegen baldigst verändern.  
Angebote unter H. C. 9923 befrachtet Rudolf Mosse, Hamburg.

**Älterer, tüchtiger Fachmann, Faktor, Revisor, Korrektor**  
auch mit den Arbeiten im Maschinenbau vertraut, sucht Stellung in mittlerem oder kleinerem Betriebe Leipzigs oder Umgebung.  
Gefl. Angebote unter Nr. 919 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Akzidenzsetzer**  
20 Jahre alt, zur Zeit in ungekündigter Stellung, wünscht sich zum 2. Januar oder früher nach Stuttgart oder andere größere Ortschaft zu verändern.  
Angebote unter Z. 908 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Typographsetzer**  
halbblühige Person, tüchtig am Rechen, sucht Stellung. Offerten unter H. 914 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Maschinenmeister**  
26 Jahre alt, tüchtige Kraft, in ungekündigter Stellung, wünscht sich wegen besonderer Verhältnisse in angenehme Dauerstellung zu verändern. Möglichst in kleine oder mittlere Druckerlei als erster. [910]  
Gefl. Zuschriften erbittet Wilm Woss, Aarhen (Bez. Magdeburg).

**Maschinenmeister**  
23 Jahre alt, tüchtiger Akzidenzdrucker, an Schnellpresse und Regel bewandert, sucht Stellung.  
Angebote erbittet Karl Stiegler, München, Altonstraße 7.

**Schweizerdegen**  
gut bewandert im Akzidenz- und Werkfach, sucht Stellung. [920]  
Offerten erbeten an Paul Hoffmann, Gera, Walbergsberg 6 a I.

**Junger Schweizerdegen**  
geprüfter Drucker u. Setzer, wünscht sich sofort oder später in dauernde Stellung zu verändern. [909]  
Angebote mit Vordruckangeben erbeten an Weichmann, Göttingen, Weisenstr. 51 II.

**Schriftgießerei**  
Gelsenaplastiker, erste Kraft, im Herstellen von Hochmadrigen sowie in allen Arbeiten der Galvanoplastik durchaus selbständig, lange Jahre in großer Schriftgießerei Mitteldeutschlands als solcher tätig, in ungekündigter Stellung, sucht auf prima Zeugnisse und Referenzen, am liebsten in Frankfurt a. M. oder Offenbach sofort oder später Stellung. Gefl. Offerten unter Nr. 901 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Bücher und Schriften**  
für die Sachbibliothek liefert  
VERLAG DES  
BILDUNGSVERBANDES DER  
DEUTSCHEN BUCHDRUCKER  
O. M. B. H.  
LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8  
POSTSCHECKKONTO 33430

**Graphische Fachklassen**  
Gestaltung und Werkstatt-Ausbildung.  
Ausbildung durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Alles Nähere über die Gemeinschaft für Eitenfreunde in Braunschweig, Scharnhorststr. 10, wird kostenfrei zugelandt.

**Dresden! Buchdrucker-Gesellschaft**  
Bereits „Gabelberger“ geg. 1908 Vereinslokal: Pappe, Dreize, Treumarkt  
Übungsgesellschaft in mehr. Abteilungen Reichhaltige Bibliothek. Auskunft durch P. Dreunichweg, Dresden-N., Paulstr. 6.

**Die Zusammenarbeit**  
zwischen Drucker und Buchbinder bei Herstellung einer Druckerarbeit finden Sie mit 140 Abbildungen erläutert in „Rausch Formelbuch“ (geb. 18,50 Mk., Porto 1,50 Mk.).  
H. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstraße.

**Alte, bemalte Tassen und Krüge**  
kauft zu hohem Preise. [838]  
Fr. Wagner, Rärnberg, Wilhelm-Späh-Str. 76 III.

**Maschinenband**  
Friedensqualität, liefern  
Beyner & Maill, Baffelberg, Graf-Wald-Str. 112.

**Segregale und Kästen**  
sowie Formregale, Siebregale, Maßschiffe, Balken- und Gerdenschränke, Schranker usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. [82]  
Beyner & Maill, Baffelberg, Graf-Wald-Str. 112.

**Rotationsmaschinenmeister**  
lehrt!  
Rudwig Moritzen, Baffelberg, Jordanstraße 7. [33]

**Der Neue Brochhaus**  
Band II erschienen; ermäßigter Subskriptionspreis 140 Mk. Betriebsabmäner und Druckerfachlehrer, die sich für den Vertrieb dieses „Handbuchs des Wollens“ interessieren, wollen Prospekt u. Einzelanfragen an den Kollegen A. Siegl, München 9, Columbusstraße 1.

**Winkelhaken Bierzipfel, Couleurbänder Buchdruckermaßen**

**Schlips- u. Verbandsnadeln**  
Berthold, Berlin, Friedrichsberg, 1. Bf. [674]  
Werkzeugkasten perichthelbar, im Maschinenmfr. u. Setzer empf. l. bef. Qual. Kollege Weg, Leipzig, Göttinger, Papiermühlstr. 51 I. Preisliste gratis. [674]

**Wer**  
steht in Dresden Maschinenmeister gründlichen Schulungsmateriale? Gefl. Angebote unter Nr. 906 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Allen lieben Kollegen und Freunden**  
nahe und fern, welche mich bei Gelegenheit meines 60-jährig u. Berufsjubiläums durch freundliche Fundgebühren ausgezeichnet haben, danke ich hierdurch herzlich. [915]  
Seinrich Kraske, Hamburg.

**Akzidenz-, Werk- und Zeitungssetzer**  
sind geeignete Fachlehrer für die Ausbildung in der Buchdruckerlei. A. Siegl, München 9, Katalog 50 Pf.

Am 4. Dezember verstarb in Neuwied a. Rh. nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer [870]  
Gottfried Rihm  
aus Trimbach (Schweiz), im Alter von 62 Jahren.  
Wir werden seiner Feits in Ehren gedenken.  
Bestärkerverein Koblenz.

Erst jetzt erbliken wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Setzer [907]  
Sugo Obfi  
aus Landsberg, Januar 1918 im 34. Lebensjahre an Kehlkopf-tuberkulose gestorben ist. Kollege O. geriet im August 1914 an der Weime in russische Gefangenschaft, wurde hier und darin verbleibt und erlitt infolge der ausgedehnten Strapazen den Tod. Ein braver Kollege ist für ein Nichts dahingegangen.  
Schlafe in Frieden in fremder Erde!

Am 6. Dezember verstarb nach langem Leiden an Herzschwäche unser lieber Kollege, der Setzer-invalide [898]  
Ernst Lindt  
aus Königsberg i. Pr., im Alter von 47 Jahren.  
Ruhe sanft!  
Bestärkerverein Königsberg i. Pr.

Nach kurzem Kranklager verschied am 11. November unser lieber Kollege, der Setzer [899]  
Georg Frank  
aus Reustadt a. d. S., 65 Jahre alt; seiner wurde am 2. Dezember unser lieber Kollege

aus Reustadt nach langer Krankheit von seinem Leiden erlöst. Ihre ihrem Anbeken ist. Offener Buchdruckerverein.

Am 6. Dezember verstarb nach langem schwerem Leiden unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Stereotypen [900]  
Paul Klaeffe  
im 63. Lebensjahr.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren  
Das technische Personal der „Berliner Morgen-Zeitung“.